

Antrag des Bezirksverbandes DIE LINKE. Neukölln an den 7. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Berlin (1. Tagung am 15./16.12.2018)

Der Parteitag fordert die Mitglieder der Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, sich für die Einrichtung eines NSU-Untersuchungsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus einzusetzen.

Begründung:

Am 4. November 2011 ging in Eisenach ein Wohnmobil in Flammen auf. Darin wurden zwei Leichen gefunden, die offensichtlich vorher gewaltsam zu Tode kamen. Stunden später explodierte in der Zwickauer Frühlingsstraße eine Wohnung und brannte aus. In den folgenden Tagen rollte eine Lawine von ungeheuerlichen Erkenntnissen durchs Land: Die beiden Toten in dem Wohnwagen waren Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, die Zwickauer Wohnung setzte Beate Zschäpe in Brand, die sich vier Tage danach den Behörden stellte. Die Drei waren der Kern einer neonazistischen Terrorgruppe mit dem Namen „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) und haben nach ihrem Untertauchen während der Jahre 1998 bis 2011 neun Menschen aus rassistischen Motiven sowie eine Polizistin ermordet und ihren Kollegen lebensgefährlich verletzt. Der Gruppe werden mindestens drei Sprengstoffanschläge zugerechnet, einer davon mit einer verheerenden Nagelbombe in Köln mit zahlreichen Verletzten. Hinzu kommen (mindestens) 15 besonders brutale Raubüberfälle, die der Finanzierung der Gruppe und ihrer Anschlagsserie dienten.

Das Agieren des rechtsterroristischen NSU und seines wohl Hunderte Personen umfassenden Unterstützer_innen-Netzwerks eröffnete Einblicke in den wohl größten Geheimdienstskandal der Geschichte der BRD und einen ungeheuerlichen behördlichen Rassismus bei den Mordermittlungen. Wie weit staatliche Verstrickung gegangen ist, ist bis heute nicht hinreichend geklärt. Ein beispielloser Vertuschungs- und Obstruktionsskandal von Polizei, Inlandsgeheimdienst („Verfassungsschutz“), Militärischer Abschirmdienst (MAD) usw. überschattet selbst die Aufklärungsbemühungen von bis heute 13 Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, die zwei Mal im Deutschen Bundestag und in den Landtagen Thüringens, Sachsens und Baden-Württembergs sowie in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Brandenburg und neuerdings in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt wurden. Der erste NSU-Prozess vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts in München endete am 11. Juli 2018 nach über 5 Jahren und 438 Verhandlungstagen mit der Verurteilung der Hauptangeklagten Beate Zschäpe und der in Teilen fragwürdig milden Aburteilung der vier Mitangeklagten.

Viele Spuren im NSU-Komplex führen immer wieder nach Berlin, wo bis heute keine hinreichende parlamentarische Befassung mit diesen brisanten Zusammenhängen stattgefunden hat:

- Der NSU hat wohl im Jahr 2000 die Synagoge in der Rykestraße möglicherweise als potentiell Anschlagziel ausgespäht. Ein Objektschützer hatte Beate Zschäpe in einer Gastwirtschaft neben der Synagoge zweifelsfrei erkannt. In diesem und zum Teil in anderen Zusammenhängen standen die Blood&Honour-Aktivistin Jan Werner und Stephan „Pinocchio“ Lange im Visier bzw. im Dienst von Berliner Behörden. Lange war vermutlich vom LfV Berlin angeworben worden, ehe er über das LKA Berlin an das BfV als V-Mann „Nias“ weitervermittelt wurde.
- Im Zusammenhang mit dem „Landser“-Verfahren warb das Berliner LKA den unter erheblichem Verfolgungsdruck stehenden Thomas Starke [heute: Müller] als V-Person an. Starke war Mitte der 1990er Jahre kurze Zeit mit Beate Zschäpe liiert und hat Uwe Mundlos ca. 1,5 Kg TNT-Sprengstoff geliefert, der bei der Razzia in Jena am 26. Januar 1998 entdeckt wurde.

- Es gibt weitere dem Bombenbau zugeneigte V-Personen des LfV bzw. LKA Berlin, darunter etwa Nick Greger, der Kontakt zum V-Mann Carsten „Piatto“ Szczepanski des Brandenburger Verfassungsschutzes hatte. „Piatto“ war 1998 gezielt mit „dienstlichen“ Aufträgen nach Sachsen entsandt worden.
- Weitgehend ungeklärt ist die Rolle des einstigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden und zeitweiligen Thüringer Landesvorsitzenden der NPD, Frank Schwerdt, bei der Unterstützung und Radikalisierung des NSU-Umfeldes: Er bediente sich zeitweise etwa Uwe Mundlos' als Fahrer und hatte erheblichen Einfluss auf Tino Brandt, den „Schöpfer“ des „Thüringer Heimatschutzes“ (THS), aus dem der NSU hervorging. Brandt war in der Entstehungszeit des NSU V-Mann des LfV Thüringen. Schwerdts Rolle müsste dringend untersucht werden, stand er doch mit einer weiteren Person unter Verdacht, das flüchtige NSU-Kerntrio 1998 bei sich beherbergt zu haben. Der NSU-Unterstützer und Mitangeklagte in München, Ralf Wohlleben, suchte Schwerdt 1998 im Auftrag der Abgetauchten auf, um Fluchtpläne nach Südafrika zu eruieren.
- Die Auftritte von Berliner Beamt_innen als Zeug_innen im NSU-Prozess und ihre Rolle bei der Fahndung nach dem Kerntrio müssten Gegenstand der Untersuchung sein.
- Diese und weitere wichtige Fragen zum Handeln von Berliner Behörden und Beamt_innen, zu Bezügen des NSU nach Berlin oder von Berlin zum NSU müssen zeitnah Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung werden, denn die Möglichkeiten schwinden mit jedem Monat: Aktenbestände werden vernichtet, Zeug_innen erinnern sich immer weniger und die Möglichkeit, strafrechtliche oder disziplinarische Konsequenzen zu ziehen, nehmen rapide mit jedem Monat ab, der untätig verstreicht.
- Die besondere Rolle des Berliner LKA und des Brandenburger Verfassungsschutzes und ihre mögliche Verstrickung in den NSU-Komplex sind nicht zuletzt von Bedeutung für die Aufklärung der neofaschistischen Terrorserie gegen antirassistisch und antifaschistisch engagierte Menschen in Berlin-Neukölln. Antifaschistische Recherchen legen nahe, dass dieser Aspekt auch bei den Ermittlungen zu den Todesfällen Burak Bektaş und Luke Holland nicht hinreichend berücksichtigt wurde, obwohl bundesweite neonazistische Strukturen bis nach Berlin-Neukölln sichtbar sind.

Dass es in Berlin auch sieben Jahre nach dem Auffliegen des NSU noch keine hinreichende parlamentarische Aufarbeitung gegeben hat, wollen wir als antifaschistische Partei nicht hinnehmen.